

PROTOKOLL

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement am
Dienstag, den 14.03.2017, Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle,

Sitzungsnummer: FWuG/004/2017
Öffentliche Sitzung: 19:03 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Harald Kruse

Mitglied CDU und FDP-Gruppe

Jan Lütkemeyer
Christian Terbeck
Christina Tiemann
Heinrich Thöle

Mitglied SPD-Fraktion

Wilhelm Hunting (stellvertr. Vorsitzender)
Uwe Plaß
Luc Van de Walle

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Alfred Reehuis
Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

von der Verwaltung

Stadtrat Dirk Hensiek
StOAR Uwe Strakeljahn
M.Sc. Guido Kunze
StAR Jürgen Detmer
StAR Roland Bieber
B.Eng. Michael Schönwald
Auszubildende Sophia Niederniehaus

ProtokollführerIn

Stl Andrea Steinkamp

Zuhörer

Zuhörer

3 Personen

Abwesend:

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 14.02.2017
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Sachstandsbericht Baumaßnahmen an Feuerwehrhäusern
Vorlage: 2017/0064
- TOP 7 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2014 der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0053
- TOP 8 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Melle über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2015
Vorlage: 2017/0054
- TOP 9 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Kruse eröffnet die Sitzung. Alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und Zuhörer werden von ihm begrüßt. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vom Vorsitzenden Herrn Kruse festgestellt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 14.02.2017

Einstimmig wird mit 11 Ja-Stimmen das Protokoll der Sitzung am 14.02.2017 genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Strakeljahn berichtet, dass es seit der letzten Sitzung bei den Ertragsprognosen für 2017 nicht zu Änderungen gekommen ist. Das Planungsniveau wird momentan weiterhin eingehalten.

In der morgigen Informationsveranstaltung für die Ortsratsmitglieder wird diesen der Prozess zur Haushaltsplanaufstellung und der Aufbau des Haushaltsplans erläutert, erklärt Herr Hensiek. Eingegangen wird auch auf den neuen Steuerungskreislauf und die Beteiligung der Ortsräte. Es werden 70 Teilnehmer erwartet.

Herr Kruse bedankt sich bei den betroffenen Verwaltungsmitarbeitern für die Planung dieser Veranstaltung.

Anhand der beigefügten Tabelle informiert Herr Kunze den Ausschuss über den aktuellen Sachstand bei den Baumaßnahmen des Gebäudemanagements.

Herr Wüsthube erkundigt sich nach dem Zustand der Toiletten in der Grundschule Bruchmühlen. Diese sollen nach seinem Wissen sanierungsbedürftig sein. Die Toiletten sind nicht mehr auf dem neusten Stand, bestätigt Herr Kunze. Eine umgehende Sanierung ist derzeit nicht vorgesehen. Das benötigte Behinderten-WC wird als Provisorium im Modulbauweise erstellt. Bei der späteren Sanierung ist geplant, die Toiletten von vornherein behindertengerecht zu gestalten.

Nach der zeitlichen Planung für die Maßnahmen an der Turnhalle Haferstraße fragt Herr Terbeck. Zudem möchte er wissen, ob die Stadtverwaltung zu den Maßnahmen an der IGS Stellung nehmen kann. Herr Kunze erläutert, dass die Planung an der Sporthalle Haferstraße laufen und sich in der HOAI-Planungsphase 3 befinden. Über das Projekt an der IGS liegen keine besonderen Informationen vor, antwortet Herr Hensiek. Herr Hunting fügt hinzu, dass die Maßnahme nach den Sommerferien abgeschlossen sein soll.

Herr Kruse bittet um Auskunft, ob Planungen zur Sanierung der Duschen in den Umkleidekabinen am Sportplatz Gesmold durchgeführt werden. Ein Termin mit Fachplanern zur Bestandsaufnahme erfolgt am 20.03.2017, erwidert Herr Kunze.

Herr Hensiek fügt zum Vortrag von Herrn Kunze hinzu, dass die Abbrucharbeiten der Decken in der Oberschule Neuenkirchen in den Osterferien erfolgen sollen. Da der beschlossene zweite Nachtragshaushalt 2017 von der Kommunalaufsicht noch nicht genehmigt wurde, sollen diese Arbeiten zunächst aus laufenden Unterhaltungsmitteln finanziert werden. Die weiteren Zeitplanungen befinden sich noch in der Abstimmung. Mit einem Architekten wurde vereinbart, dass er mit den Planungen bereits beginnt. Eine Auftragsvergabe ist noch nicht erfolgt.

Die Arbeitsgruppe zu aktuellen Baumaßnahmen des Gebäudemanagements, deren Gründung in der letzten Sitzung dieses Ausschusses empfohlen wurde, hat bereits getagt. Ein Thema war die Möglichkeit, Wertgrenzen für Beschlüsse der verschiedenen Gremien zu verändern. Eventuell können die Prozesse durch höhere Wertgrenzen beschleunigt werden. Auf Grund des Vergaberechtes können Entscheidungen für Maßnahmen aber nicht immer schnell umgesetzt werden.

TOP 6 Sachstandsbericht Baumaßnahmen an Feuerwehrhäusern Vorlage: 2017/0064

Herr Kruse unterrichtet, dass er die Verwaltung darum gebeten hat, einen Überblick über die Baumaßnahmen im Bereich der Feuerwehrhäuser vorzustellen. Das Thema soll nach seiner Meinung damit versachlicht werden. Im Bereich der Feuerwehren ist es immer wieder zu Unmut gegenüber den Ausführenden und Beschließenden gekommen.

Mit Hilfe der anliegenden Präsentation stellt Herr Kunze die aktuellen und geplanten Maßnahmen für die verschiedenen Ortsfeuerwehren vor. Zudem erklärt er, welche Varianten bei der Ausführung von Baumaßnahmen in Bezug auf interne oder externe Bearbeitung möglich sind.

Der vorgeschlagene Zeitplan für die Realisierung aller Maßnahmen ist nicht wünschenswert. Der Zeitplan zeigt die Planungen und Umsetzungen, wenn das Gebäudemanagement die Maßnahmen nur intern plant und betreut und danach durchführen würde.

Herr Hensiek ergänzt, dass die Verwaltung sich Gedanken gemacht hat, wie und in welcher Reihenfolge die gesamte Maßnahmenliste des Gebäudemanagements abgearbeitet werden kann. Die Erwartungen der einzelnen Nutzer können nicht alle erfüllt werden. Ein Outsourcing mehrerer Aufgaben wird damit nötig. Im Hinblick auf die Organisationsuntersuchung im Bereich des Gebäudemanagements müssen die Ergebnisse ausgewertet und aufgearbeitet werden. Sollte neues Personal eingestellt werden müssen, wird dieses nicht einfach zu rekrutieren sein. Eine schnelle Besetzung ist für ihn fraglich.

Auch wenn externe Bauplaner und –betreuer eingesetzt werden, muss deren Arbeit weiterhin überprüft werden und mit den Anforderungen des Gebäudemanagements übereinstimmen. Es müssen Überlegungen angestellt und abgestimmt werden, wie die Arbeitsprozesse bei Fremdvergaben aussehen können.

Als Beispiel können die Maßnahmen am Feuerwehrhaus in Oldendorf genannt werden. Sollte die Planung und Betreuung extern vergeben werden, werden Mehrkosten von mind. 50T Euro entstehen. Der städtische Mitarbeiter wäre nicht mehr für diese Maßnahme gebunden. Er könnte in andere Planungen einsteigen. Nach der erfolgten kontroversen politischen Diskussion zur Maßnahme möchte Herr Hensiek das Budget dafür nicht mehr erhöhen, wodurch überplanmäßige Zahlungen entstehen.

Andere Maßnahmen im Feuerwehrbereich könnten durch externe Planungen und Betreuungen beschleunigt werden, aber es muss auch darauf hingewiesen werden, dass

noch weitere bauliche Maßnahmen, u.a. im Kindertagesstätten- und Schulbereich, notwendig sind. Eine Maßnahmendurchführung nach den zeitlichen Vorstellungen der Feuerwehren wird nicht ohne weiteres möglich sein.

Frau Tiemann bedankt sich bei Herrn Kunze für die gute Darstellung und fragt welche Kosten in der Präsentation genannt wurden. Herr Kunze erklärt, dass es sich um die angemeldeten Kosten im Budget handelt. In Melle-Mitte werden die Kosten eingehalten. Für Tittingdorf kommt es zu einer Erhöhung auf Grund unvorhersehbarer Änderungen zur Planung. So musste z.B. tiefer nach einem Brunnen gebohrt werden als vorgesehen.

Ob eine externe Planung und Betreuung der Neubauten in Gesmold und Wellingholzhausen, sowie der Erweiterung in Groß-Aschen Sinn macht, möchte Herr Kruse wissen. Er sieht die Chance, die Großprojekte im Feuerwehrbereich schneller voranzutreiben. Herr Kunze erläutert, dass sich das Gebäudemanagement bereits Gedanken dazu gemacht hat. Auch die Steuerung durch externe Büros muss überwacht werden. In den Leistungsphasen I bis III der HOAI sind viele Abstimmungen mit den einzelnen Feuerwehren erforderlich. Effektiver ist es, wenn diese Phasen durch das Gebäudemanagement durchgeführt werden und ab der Phase IV Arbeiten vergeben werden. Sollten Kapazitäten frei werden, können andere Maßnahmen früher begonnen werden.

Herr Lütkemeyer möchte wissen, ob die Betreuung eines Architekten in den ersten Phasen nicht auch sinnvoll ist. Zudem fragt er, ob es geplant ist, dass die Neubauten für Wellingholzhausen und Gesmold von dem gleichen Architekten betreut werden soll, damit ähnliche Feuerwehrhäuser auf gleicher Grundlage gebaut werden können. Eine Betreuung des Architekten in den ersten Planungsphasen hält Herr Kunze nicht für sinnvoll. In den ersten Phasen müssen die gewünschten Standards und Details mit den betroffenen Nutzern definiert werden. Diese können nach der Erstellung dem Architekten besser vorgestellt werden. Die gemeinsame Betreuung der beiden Neubauten ist für ihn auch denkbar und würde auch Synergieeffekte hervorbringen. Vor eventuellen vergaberechtlichen Einschränkungen warnt Herr Hensiek. Es wäre wünschenswert, einen Architekten mit beiden Maßnahmen betreuen zu können. Allerdings wird ab einer Auftragssumme von 207T Euro eine europaweite öffentliche Ausschreibung notwendig. Dadurch wird es wahrscheinlich, dass zwei Architekten mit den Aufgaben beauftragt werden müssen.

Herr Kruse fragt, ob eine Beschleunigung der Maßnahmendurchführung auf der politischen Seite möglich ist oder die Bearbeitungszeit von den Budgetgrenzen und Personalstrukturen abhängig ist.

Herr Hensiek betont, dass das Gebäudemanagement trotz der knappen Personalkapazitäten gute Arbeit leistet und viel bewegt hat. Nicht nur die Prozessabläufe können ein Grund für die langen Bearbeitungszeiten sein. Die Investitionsvorhaben werden politisch diskutiert und das ist auch gut so. Es nimmt aber auch Zeit in Anspruch. Im Rahmen der Maßnahmen der Feuerwehrhäuser bestehen z.B. Diskussionen über zukünftige Standorte. In anderen Stadtteilen werden Zukäufe von Nachbargrundstücken für Erweiterungen erwägt.

Bei größeren Investitionsvorhaben stehen natürlich wartende Nutzerinteressen im Raum, die eine schnellere Bearbeitung favorisieren. Man sollte aber auch den Blick darauf richten, welche Maßnahmen in den letzten Jahren durch das Gebäudemanagement umgesetzt werden konnten. In den Vorjahren sind eine Vielzahl von Prospekten nicht bewerkstelligt worden.

Der vorgesehene Zeitplan für die Maßnahmen im Feuerwehrbereich ist den Betroffenen Kameraden nicht vermittelbar, unterstreicht Herr Thöle. Seiner Meinung nach sind externe Unternehmen mit den Planungen und Betreuungen zu beauftragen. Die Arbeiten müssen zügig weitergehen bzw. beginnen. Eine Überwachung der externen Partner ist aber immer sinnvoll und notwendig.

Herr Reehuis bekräftigt, dass die Ergebnisse der Organisationuntersuchung umgesetzt werden sollen. Eine rasche Besetzung der wahrscheinlich dann notwendigen Stellen wird aber schwer werden. Dieses liegt auch an der Gehaltssituation im öffentlichen Dienst. Einschränkend wirken zudem Gesetze und örtliche Gegebenheiten wie Wertgrenzen im Vergaberecht und Überschwemmungsgebiete in den Planungsflächen. Diese machen die zu erledigenden Aufgaben nicht einfacher.

Er weist die getroffene Wortwahl der betroffenen Nutzer anlässlich des Feuerwehrverbandstages entschieden zurück und erkennt an, dass das Gebäudemanagement viele Maßnahmen schon verwirklicht hat, wie Herr Hensiek vorgetragen hat.

Auf Nachfrage von Herrn Thöle, wie er sich das vorstellt, erklärt Herr Reehuis, dass die Politik die Maßnahmen nicht selber ausführen kann, sie aber mit fachlichen Diskussionen, Mittelbereitstellungen und eventuell neuen Wertgrenzen bei Gremiumsentscheidungen, die Bearbeitungszeit beeinflussen könnte.

Herr Kruse bedankt sich bei Herrn Kunze für den ausführlichen Vortrag. Die Politik muss nun, so gut wie möglich, die Stellschrauben für eine schnelle Durchführung justieren.

In seiner Sitzung am 14.03.2017 hat der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement die Angelegenheit beraten und zur Kenntnis genommen.

**TOP 7 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2014 der
Stadt Melle
Vorlage: 2017/0053**

Herr Detmer stellt den Prüfbericht zum konsolidierten Gesamtabschluss für das Jahr 2014 vor. Er benennt die rechtlichen Grundlagen für die Prüfung und den Zweck des eingeführten Gesamtabschlusses.

Die Gesamtbilanzsumme ist 2014 um 10,4 Mio. Euro auf 225,4 Mio. Euro gestiegen.

Nach Beanstandung im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2013 werden die Vorbelastungen kommender Haushaltsjahre nun unter der Bilanz ausgewiesen und betragen insgesamt 19,4 Mio. Euro. Die Haushaltsreste werden aber weiterhin kritisch gesehen.

Mit einem Überschuss von 6,8 Mio. Euro schließt die Gesamtergebnisrechnung ab. Das Ergebnis beinhaltet einen Verlust der Solbad Melle GmbH in Höhe von rund 300T Euro.

Die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2014 ergab keine Beanstandungen. Herr Detmer bittet deshalb darum, dem Beschlussvorschlag der Vorlage zu folgen.

Herr Spiekermann geht auf einige Bemerkungen ein, die das Rechnungsprüfungsamt zu den Prüfberichten der Tochtergesellschaften genannt hat. Zum einen spricht er die Stundung nicht abzurechnender Wasserversorgungsbeiträge des Wasserwerkes in Neubaugebieten an.

Ein wichtiger Punkt bei der Prüfung des Jahresabschlusses war der Hinweis des Landesrechnungshofes Niedersachsen bei der überörtlichen Prüfung, dass es zu einer Konfliktmöglichkeit zwischen der Leitung der Wohnungsbau Grönegau GmbH und der Ausführung der Arbeit als Finanzdezernent kommen könne.

Fraglich sei weiterhin, ob die WBG allen Zielsetzungen des Unternehmens entsprechend Rechnung getragen habe. Der soziale Wohnungsbau ist nach seiner Meinung in den Hintergrund gerückt. Hier müssen sicherlich seitens der Politik Aufträge an die WBG erteilt werden, mehr für den sozialen Wohnungsbau zu machen.

Bei der Beteiligung an der Solbad Melle GmbH befürchtet er, dass die politischen Gremien der Stadt Melle das Unternehmen nicht ausreichend angewiesen haben, die geringen Gebührensätze und die niedrige Pacht zu erhöhen. Im Hinblick auf die zukünftige Ausrichtung wünscht er eine ausreichende Diskussion sowie notwendige Entscheidungen.

Herr Hensiek weist darauf hin, dass die Stundungen bei den Wasserversorgungsbeiträgen unumgänglich sind. Ein Beitragseinzug ist auf Grund der landwirtschaftlichen Nutzung nicht möglich. Die Festsetzung der Beiträge muss laut gesetzlicher Grundlage aber umgehend erfolgen. Im Bereich der Beteiligungen ist zu sagen, dass Herr Strakeljahn als Beauftragter für das Beteiligungsmanagement dem Bürgermeister organisatorisch direkt unterstellt ist. Ein Interessenskonflikt wird dadurch vermieden.

An eine Prüfung des Landesrechnungshofes zu den Beteiligungen aus dem Jahr 2015 erinnert Herr Strakeljahn. Dort wurde gefordert, auch die Beteiligungen mit in die strategischen Ziele/ Steuerung aufzunehmen. Dieses soll mit den Haushaltsplanungen für das Jahr 2018 erstmals erfolgen. Die Stundungen zu den Beiträgen des Wasserwerkes spiegeln sich parallel auch bei den Kanalbaubeiträgen im städtischen Haushalt wieder.

Der Pachtvertrag zur Bewirtschaftung des Forums läuft aus, stellt Herr Kruse klar. Fraglich ist für ihn, ob bei einer Erhöhung der Pacht ein Pächter gefunden werden kann. Gerade in der momentan schwierigen Zeit der Gastronomen sollte die Bewirtschaftung vielleicht mit niedrigeren Pachtforderungen sichergestellt werden. Frau Tiemann fügt hinzu, dass der Aufsichtsrat immer wieder über eine Erhöhung der Pacht und der Gebühren nachdenkt. Eine Kostendeckung wird aber ohnehin nie realisiert werden können. Dieses unterstützen Herr Lütkemeyer und Herr Hunting und vergleichen es mit den anfallenden Zuschüssen beim Betreiben eines Hallenbades. Wenn ein Veranstaltungszentrum zur Verfügung gestellt werden soll, müssen auch die Mittel dafür in Kauf genommen werden. Herr Hunting trägt zudem vor, dass ein Gutachter die Schließung als billigste Variante empfiehlt, sie aber nicht gewünscht ist.

Eine Kostendeckung mit dem Betrieb des Forums zu erreichen ist eine Illusion, bekräftigt Herr Reehuis. Einen geeigneten Pächter für höhere Konditionen zu finden, könnte schwierig werden. Bei 120 Veranstaltungen und 369T Euro Zuschüssen im Jahr werden pro Buchung rund 3T Euro Zuschuss fällig. Durch eine ganze Reihe von städtischen Veranstaltungen in den Räumen wird die Belastung für die Stadt durch die internen Verrechnungen noch höher. Die Rücklagen werden immer weiter aufgebraucht, sodass in ein paar Jahren weitere Verluste hinzukommen. Er schlägt vor, die Gebühren, wie im Friedhofsbereich, stufenweise anzuheben. Eine Integration des Forums in möglichen Stadtwerken hält er für prüfungswert.

Herr Spiekermann macht geltend, dass die Kosten damit nicht geringer werden, sondern nur anders finanziert werden müssen. Er schlägt vor, ein Betreiberkonzept zu erstellen. Bei 120 Veranstaltungen im Jahr muss das Forum als Veranstaltungsort attraktiver gemacht werden. Mehr Vereine, Verbände und Privatpersonen müssten das Forum nutzen.

Die Gesellschafterversammlung hat sich mehrfach und intensiv mit dem Thema befasst, verdeutlicht Frau Tiemann. Im April werden die Überlegungen zu neuen Betreibermodellen, Gebühren- und Pachthöhen abschließend überdacht. Dann erfolgt eine Ausschreibung zur Suche eines Pächters oder einer Pächterin.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 14.03.2017 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Melle nimmt den Konsolidierten Gesamtabchluss 2014 des Konzerns Stadt Melle sowie den Prüfungsbericht über die Prüfung des Abschlusses zur Kenntnis.

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Gesamtabchluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2014 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1).

Gemäß § 129 Abs. 1. Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wird dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

TOP 8 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Melle über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2015 Vorlage: 2017/0054

Den Prüfbericht zum Jahresabschluss der Stadt Melle des Haushaltsjahres 2015 stellt Herr Detmer vor.

Bemerkungen und Anmerkungen sind im Bericht blau und Beanstandungen rot eingerahmt. In dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes sind auch die Prüfberichte des Landesrechnungshofes für die durchgeführten überörtlichen Prüfungen zur Umsetzung kommunaler Strategien durch kommunale Unternehmen und Beteiligungen und der Finanzstatusprüfung enthalten.

Das Jahresergebnis schloss mit einem Überschuss von rund 27T Euro ab. Im Gegensatz zu den Planungen verbesserte es sich somit um 500T Euro.

52,3 Mio. Euro Steuererträge wurden erzielt. Dieses sind 66% der gesamten Erträge und zeigt die Abhängigkeit der Stadt von den Steuern. Bei der Gewerbesteuer wurden 1,6 Mio. Euro weniger Erträge eingenommen als geplant. Das Rechnungsprüfungsamt beanstandet in wiederholter Weise, dass die Schätzungen nach dem Grundsatz der Haushaltswahrheit realistischer angesetzt werden müssen. Ggf. könnten höhere Erträge besser durch Nachtragshaushalte angepasst werden.

Die Transferaufwendungen betragen 2015 insgesamt 38,4 Mio. Euro. Die größten Posten darin sind die Kreisumlage (23,2 Mio. Euro) und die Zuschüsse für Kindertagesstätten (7,4 Mio. Euro).

Trotz Besoldungs- und Tarifsteigerungen kam es bei den Personalaufwendungen zu Einsparungen von 2,2 Mio. Euro. Das entspricht 13,4% der Planungssumme. Sie sind auf eine Umstellung der zeitlichen Zuordnung bei den Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Wegen der Umstellung wurden 2015 einmalig keine Rückstellungen gebucht. Die Buchung erfolgte bereits 2014 und somit in dem Jahr doppelt. Weiterhin sind durch ungeplant ausgeschiedene Mitarbeiter Einsparungen entstanden.

Die Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und Energiekosten sind zwar gesunken, aber das Rechnungsprüfungsamt merkt an, energiesparende Investitionen bevorzugt zu realisieren, um weitere Aufwendungen einsparen zu können. Die Aufwendungen

für die Reinigung der Gebäude sollen weiterhin einer Vergleichsrechnung unterzogen werden, ob eine Fremdvergabe oder Eigenreinigung wirtschaftlicher ist. Des Weiteren sind die Versicherungsleistungen seit längerem nicht erneuert bzw. ausgeschrieben worden.

Auffallend ist, dass bei der jährlichen Überprüfung der Barkassen immer wieder die Kassensicherheit bemängelt werden muss. Es gibt immer noch Mitarbeiter, die den Höchstbestand von 500 Euro in der Barkasse regelmäßig übersteigen. Herr Kruse hinterfragt, ob ausreichend Verwahrmöglichkeiten für Barbestände vorhanden sind und ob ein Sicherheitsrisiko besteht. Herr Detmer erklärt, dass die genügenden Verwahrmöglichkeiten genutzt werden, aber der Höchstbestand überschritten wird. Die Grenze wurde eingesetzt, um die Mitarbeiter zu schützen.

Das Kreditvolumen 2015 wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Nun könnten auf Grund des schon geltenden Haushaltes 2017 die ausstehenden Ermächtigungen nicht mehr vollständig finanziert werden. Neuveranschlagungen werden daher ggf. erforderlich werden. Der Cash-Flow ist in 2015 gefallen. Auch der Liquiditätsbestand ist um rd. 5 Mio. Euro gesunken.

Die Bilanzsumme bleibt fast unverändert und erhöhte sich um rund 1,5 Mio. Euro. Auch die Geldschulden wiesen kaum Veränderungen auf und sanken um 100T Euro.

Sorge bereiten dem Rechnungsprüfungsamt die Vorbelastungen, die unter der Bilanz als Haushaltsreste aufgeführt sind. Sie stellen mit den Belastungen aus 2015 eine Summe von 17,3 Mio. Euro dar. Die größten Haushaltsreste sind im Gebäudemanagement (7,7 Mio. Euro) und im Tiefbauamt (5,4 Mio. Euro) zu finden. Investitionen sollen nach Meinung des Rechnungsprüfungsamtes erst veranschlagt werden, wenn sie planungsreif und umsetzbar sind. Zu beachten ist auch, dass die dazugehörigen Kreditermächtigungen im Gegensatz zu den Haushaltsresten zeitlich begrenzt sind. Finanzierungsprobleme sind somit möglich.

Neben dem Jahresabschluss werden durch das Rechnungsprüfungsamt auch die Vergaben bei der Stadt Melle geprüft. Das Finanzierungsvolumen für alle Aufgaben ist in 2015 auf insgesamt 17,6 Mio. Euro bei 408 Vergaben gestiegen. 2014 wurden 248 Vergaben durchgeführt und 2013 nur 113.

Die gesetzlichen Grundlagen zum Vergaberecht werden immer komplizierter. Im Jahr 2016 ist bei der Stadt Melle eine zentrale Vergabestelle eingerichtet worden. Ab 2018 soll diese alle Vergaben durchführen. Der Bund als Gesetzgeber hat im Februar ein neues Vergaberecht erlassen. Dazu sind noch Erlasse der Bundesländer notwendig. Zudem ist die E-Vergabe nun Pflicht. Um den Aufwand bei kleineren Maßnahmen durch Ausschreibungen zu vermindern, empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt, dafür Rahmenverträge über einen Zeitraum von bis zu sechs Jahren anzustreben und abzuschließen.

Als Fazit lässt sich sagen, dass das Haushaltsjahr 2015 mit einem kleinen Überschuss von 27T Euro abschließt und sich das Ergebnis gegenüber 2014 um 6,5 Mio. Euro verschlechtert hat. Der Rücklagenbestand liegt bei fast 19 Mio. Euro. Die Liquidität sinkt auf 11,8 Mio. Euro ab.

Das Rechnungsprüfungsamt merkt an, dass für bestimmte Veranstaltungen, wie z.B. die Gesmolder Kirmes oder der Geranienmarkt keine rechtsicheren Satzungen zur Abrechnung vorliegen. Zudem sollten Gebühren öfter angepasst werden. Die Neukalkulierung der Friedhofsgebühren wird als guter Start und gutes System angesehen. Eine Kostendeckung wäre wünschenswert und auch die internen Leistungsverrechnungen müssen beachtet werden.

Bei der Prüfung wurden keine gravierenden Unregelmäßigkeiten festgestellt. Herr Detmer bittet den Ausschuss darum, den vorliegenden Beschlussvorschlag zu beschließen und dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen.

Herr Kruse bedankt sich bei Herrn Detmer und seinen Mitarbeitern für die Erstellung und Vorstellung des Berichts.

Ob die auf Seite 9 des Prüfberichtes genannte Stellungnahme des Bürgermeisters zu den Anmerkungen und Beanstandungen zur Ratssitzung vorliegt, fragt Herr Wüstehube. Herr Strakeljahn erklärt, dass die Bemerkungen zum Teil schon in den letzten Jahren dem Rechnungsprüfungsamt gegeben wurden und diese teilweise auch schon erledigt wurden. Eine schriftliche Stellungnahme gab es in den letzten Jahren nicht. Herr Detmer bejaht dieses und erklärt, dass das Rechnungsprüfungsamt dem Bürgermeister damit die Möglichkeit zur Stellungnahme gibt, die er nicht nutzen muss. Zudem wurde eine Stellungnahme auch mündlich akzeptiert.

Herr Hensiek fügt hinzu, dass die Verwaltung sich intern mit den Beanstandungen und Anmerkungen auseinandergesetzt hat. Auf eine schriftliche Stellungnahme wurde verzichtet, da es sich um untergeordnete Themen handelt. Die Schätzung der Gewerbesteuer wird immer schwierig zu planen sein. Die Ergänzung einer schriftlichen Stellungnahme ist aber möglich, wenn sie gewünscht wird. Bislang war dieses allerdings nicht die gängige Praxis.

Eine schriftliche Stellungnahme nur bei schweren Verstößen oder wenn die Entlastung gefährdet ist, favorisiert Herr Kruse. Mündliche Stellungnahmen seien hier auskömmlich. Herr Detmer unterstützt den Vorschlag.

Nach Meinung von Herrn Spiekermann reicht die mündliche Stellungnahme aus. Er möchte aber wissen, ob für die Durchführung städtischer Veranstaltungen inzwischen eine Satzung vorliege. Herr Kruse informiert, dass nunmehr grundsätzlich Rechtssicherheit durch die in 2016 aufgestellte Marktsatzung besteht.

Herr Wüstehube erklärt sich mit einer mündlichen Stellungnahme einverstanden, weist aber darauf hin, dass der Satz zur öffentlichen Auslegung des Berichts weggelassen werden sollte.

Die bekannte Vorgehensweise, dass eine mündliche Stellungnahme ausreicht, unterstützt Herr Hunting. Nach den Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes sollte die Politik weiter ihre Gedanken mit einbringen. Die Steigerung der Personalkosten in 2014 wurde von den politischen Fraktionen beanstandet. Aber durch die Änderung bei der Rückstellungsbildung wurde die Steigung in 2015 wieder aufgefangen. Ohnehin könnten Erhöhungen der Pensions- und Versorgungsaufwendungen nicht beeinflusst werden.

Auch er spricht sich dafür aus, die Kosten für externe und interne Reinigungskräfte gegenüberzustellen und dem eigenen Personal ggf. den Vorzug zu geben. Da im Bericht die Risiken (S. 59) beleuchtet werden, spricht er sich dafür aus, auch die Chancen dagegen zu halten. Danach müsse eine entsprechende Bewertung bzw. Gewichtung erfolgen. Im Rahmen der Strategieklausur werde diese Thematik sicherlich weiter verfolgt. Insgesamt sei der Berichtszeitraum positiv zu bewerten.

Herr Reehuis schlägt vor, die Prüfbemerkungen auf Seite 13 zukünftig politisch abzarbeiten, damit diese nicht immer wieder im Bericht genannt werden. Im Bereich der Reinigungskräfte würde er eine Beschlussfassung favorisieren. Zuvor müssten aber die wirtschaftlichen Fragen dazu geklärt werden.

Ob die Politik die Anmerkungen aus dem Bericht als Anregungen für Anträge nutzen soll oder als Auftrag für die Verwaltung angesehen werden sollen, fragt Herr Spiekermann. Die Verwaltung setzt sich mit den Anmerkungen selbstverständlich auseinander, erwidert Herr Hensiek. Den politischen Gremien steht es frei, Anträge daraus zu entwickeln. Es können aber nicht alle Themen politisch diskutiert werden und wahrscheinlich wird es auch zu unterschiedlichen Bewertungen des Rechnungsprüfungsamtes, der Verwaltung und der Politik kommen. Herr Strakeljahn weist darauf hin, dass die Anmerkungen nicht nur den Finanzbereich betreffen, sondern auch andere Produktverantwortliche.

Auch die politischen Gremien können Adressaten sein, unterstreicht Herr Lütkemeyer. Der Haushalt soll nach dem Bericht so früh wie möglich aufgestellt werden und die Pro-Kopf-Verschuldung vermindert werden. Dort wird die Politik angesprochen. Er regt an, die Solbad Melle GmbH oder den Betrieb des Forums in eventuelle Stadtwerke zu integrieren. Die Planung der Gewerbesteuererinnahmen schätzt er als schwierig ein, da zu viele Faktoren in die Entwicklung einwirken. Es sollte aber eher pessimistisch geplant werden und dann ggf. einen Nachtragshaushalt aufstellen. Die Politik sollte Investitionsmaßnahmen nur in den Haushalt aufnehmen, wenn deren Umsetzung auch möglich erscheint. Die Risiken überwiegen in den nächsten Jahren. Die Kindertagesstätten, die Inklusionsvorschriften und die Folgekosten der hohen Investitionsprogramme werden hohe Belastungen verursachen. Der entscheidende Punkt des Prüfberichts ist aber die uneingeschränkte Entlastung des Bürgermeisters.

Herr Terbeck spricht sich dafür aus, die Reinigung der städtischen Gebäude an externe Firmen zu vergeben. Diese könnten die Arbeiten günstiger leisten. Die Situation der Interessenkonflikte im Zusammenhang mit der Wohnungsbau Grönegau GmbH sieht er als kritisch an. Da insgesamt im Gebäudemanagement und dem Bauamtsbereich der Stadt Melle nicht genügend Mitarbeiter vorhanden sind, erhofft er sich eine Verbesserung der Situation, wenn der neue Stadtbaurat seinen Dienst antritt. Die Kritik an der Gewerbesteuer bezieht sich auf 2015. In 2016 wurden einige Kritikpunkte bereits angegangen. Das Haushaltsjahr 2015 kommt zu einem guten Ergebnis und die Ergebnisse bei der Abarbeitung des Investitionsstaus kann nicht verleugnet werden. Die Nettoneuverschuldung steigt zwar, aber zur Abarbeitung ist dies seiner Ansicht nach notwendig. Er fragt, warum die Vorräte sich in den letzten 3 Jahren immer verringert haben. Herr Strakeljahn erklärt, dass der Vorrat an Vermarktungsflächen für Gewerbe durch Abverkäufe gemindert wurde.

Nach Ansicht von Herrn Hunting sind die Anregungen sowohl von der Verwaltung, als auch der Politik, zu beachten und einzubeziehen. Der Zweck der Solbad Melle GmbH, das Gesundheitsbad, ist zwar weggefallen, aber eine Schließung ist nicht sinnvoll. Andere Aktivitäten könnten evtl. mit aufgenommen werden. Er verweist auf die Tatsache, dass die noch vorhandene Rücklage in den nächsten fünf bis sechs Jahren auslaufen wird.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 14.03.2017 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss zu beschließen.

I. Beschlussvorschlag

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Jahresabschluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2015 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1)

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird dem Bürgermeister für die Haushaltsrechnung der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses wird in voller Höhe den bestehenden Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses wird - soweit Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses vorhanden sind - gedeckt und darüber hinaus mit den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

TOP 9 Wünsche und Anregungen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Durch den Vorsitzenden Herrn Kruse wird die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr beendet. Er eröffnet die nichtöffentliche Sitzung.

13.04.2017 gez. Kruse
Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

13.04.2017 gez. Hensiek
Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

13.04.2017 gez. Steinkamp
Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)